

Erster Verfahrensbrief

im

Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb

nach der VOB/A EU

zur Vergabe der Generalunternehmerleistungen für den Neubau

einer Feuerwache an der Römerstraße in Jülich

Inhaltsverzeichnis

1. Vorbemerkung	3
2. Auftraggeber	3
3. Gegenstand der Vergabe	3
4. Aufteilung in Lose.....	4
5. Auftragsdauer	4
6. Art der Vergabe	5
7. Rechtsgrundlagen.....	5
8. Ablauf des Verfahrens und Zeitplan.....	5
9. Einzelbewerber /-bieter / Bewerber-/ Bietergemeinschaften / Eignungsleihe	7
10. Teilnahmefrist und Form des Teilnahmeantrags	8
11. Fragen zum Teilnahmeantrag	9
12. Teilnahmeantrag.....	10
13. Einreichung von Erstangeboten.....	12
14. Kosten / Entschädigung	13
15. Kommunikation im Verfahren und Rügen	13
16. Ansprechpartner	14
17. Vertraulichkeit der Angebotsbestandteile	14
18. Datenschutz	15
19. Tariftreue- und Vergabegesetz NRW / Mindestlohngesetz.....	15
20. Zuschlagskriterien und Wertung der Angebote	16
21. Zuschlags- und Bindefrist	16
22. Informations- und Wartepflicht.....	17
23. Gewährleistungsausschluss	17
24. Vergabekammer	17

1. Vorbemerkung

Die vorliegende Unterlage stellt den vorgesehenen Ablauf sowie die generellen Regeln und Formalitäten des Verfahrens vor. Sie wird als „Erster Verfahrensbrief“ oder auch als „Verfahrensregeln“ bezeichnet. Spätere Verfahrensbriefe im Laufe des Verfahrens werden grundsätzlich auf diesen Ersten Verfahrensbrief Bezug nehmen.

Der Verfahrensbrief ist Bestandteil der Vergabeunterlagen, nicht aber der Vertragsunterlagen im Sinne von § 8 EU Abs. 1 Nr. 2 VOB/A.

Dieser Verfahrensbrief und seine sämtlichen Anlagen stellen den derzeit geplanten Umfang und Ablauf des Beschaffungsprozesses dar. Die Vergabestelle behält sich ausdrücklich Änderungen sowohl hinsichtlich des Beschaffungsbedarfs als auch des dargestellten Verfahrensablaufs vor.

Sofern in diesem Verfahrensbrief und seinen Anlagen Formulierungen wie beispielsweise „muss“ oder „soll“ verwendet werden, handelt es sich nicht um Mindestbedingungen oder Mindestanforderungen im vergaberechtlichen Sinne. Es sei denn, Vorgaben der Vergabestelle werden als solche gekennzeichnet.

Zur besseren Lesbarkeit werden in diesem Verfahrensbrief und den weiteren Vergabeunterlagen personenbezogene Bezeichnungen, die sich zugleich auf Frauen, Männer und Diverse beziehen, generell nur in der im Deutschen üblichen männlichen Form angeführt, also z.B. "Mitarbeiter". Dies soll jedoch keinesfalls eine Geschlechterdiskriminierung oder eine Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes zum Ausdruck bringen.

2. Auftraggeber

- (1) Auftraggeber in diesem Verfahren ist die Stadt Jülich (im Folgenden **Auftraggeber**).
- (2) Der Auftraggeber nach Abs. 1 ist öffentliche Auftraggeber gemäß § 99 Nr. 1 GWB.

3. Gegenstand der Vergabe

- (1) Gegenstand dieses Vergabeverfahrens ist die Vergabe eines Generalunternehmerauftrags für den Neubau einer Feuerwache an der Römerstraße in Jülich.

- (2) Der Generalunternehmer übernimmt die zur schlüsselfertigen Errichtung und betriebsbereiten Übergabe der Feuerwache erforderlichen Bauleistungen einschließlich der Technischen Gebäudeausrüstung, der Außenanlagen sowie der sonstigen für die Umsetzung des Vorhabens erforderlichen Leistungen. Soweit nach den Vergabeunterlagen noch Planungsleistungen vom Auftragnehmer zu erbringen sind, umfasst der Auftrag auch diese Leistungen.
- (3) Grundlage der Leistungserbringung sind die Vergabeunterlagen. In der ersten Verfahrensstufe umfasst dies insbesondere die Projektbeschreibung (**Anlage 1**) nebst den für den Teilnahmewettbewerb bereitgestellten Anlagen. Die konkrete Ausgestaltung der vom Auftragnehmer geschuldeten Leistungen richtet sich nach den vollständigen Vergabeunterlagen, die den ausgewählten Bietern aus Gründen der Vertraulichkeit in der zweiten Verfahrensstufe zur Verfügung gestellt werden. Soweit die Vergabeunterlagen Gestaltungsspielräume eröffnen, obliegt die konkrete bauliche und technische Ausarbeitung dem Auftragnehmer im Rahmen der vorgegebenen Anforderungen.

Hinweis: Die vollständige funktionale Leistungsbeschreibung nebst Anlagen sowie der Entwurf des Generalunternehmervertrages werden den ausgewählten Bietern mit der zweiten Verfahrensstufe zur Verfügung gestellt. Der Vertrag wird übliche Regelungen und eine angemessene Risikoverteilung enthalten.

- (4) Die Leistungen sind vom obsiegenden Bieter auf Grundlage der Vergabeunterlagen sowie unter Beachtung der geltenden öffentlich-rechtlichen Vorschriften, der allgemein anerkannten Regeln der Technik sowie der für das Vorhaben einschlägigen technischen Normen und Richtlinien zu erbringen.

4. Aufteilung in Lose

Eine Aufteilung der zu vergebenden Leistungen in Lose erfolgt nicht. Der Auftrag wird als Gesamtleistung an einen Generalunternehmer vergeben.

5. Auftragsdauer

- (1) Der Beginn der Leistungserbringung ist für das 1. Quartal 2027 vorgesehen.
- (2) Der Auftrag endet mit der vollständigen und mängelfreien Übergabe der betriebsbereiten Feuerwache an den Auftraggeber. Die Fertigstellung einschließlich Abnahme und Inbetriebnahme ist derzeit für das 4. Quartal 2028 vorgesehen.

- (3) Im Übrigen wird auf den Rahmenterminplan (**Anlage 2**) verwiesen.

6. Art der Vergabe

Das Vergabeverfahren wird als Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb gemäß § 3a EU Abs. 2 VOB/A durchgeführt. Der Ablauf des Verhandlungsverfahrens ist unter Ziffer 8 beschrieben.

7. Rechtsgrundlagen

- (1) Die Bewerber und späteren Bieter sind verpflichtet, sich selbständig und eigenverantwortlich jederzeit über den aktuellen Stand der Vergabeunterlagen, Antworten auf Bewerber-/Bieterfragen und sonstige Information über etwaige Änderungen der Vergabeunterlagen über die eVergabepattform „Vergabe NRW“ (im Folgenden auch „Vergabeportal“) zu informieren.
- (2) Sollten sich die Bewerber und späteren Bieter dazu entscheiden, Rückfragen zu stellen oder Rügen zu erheben bzw. einen Teilnahmeantrag bzw. ein Angebot für die zu vergebende Leistung abgeben zu wollen, müssen sie sich im o. g. Vergabeportal kostenfrei registrieren.
- (3) Sofern Schwierigkeiten beim Öffnen von Dateien oder sonstige Schwierigkeiten im Rahmen des Zugangs zum Vergabeportal auftreten, ist der Auftraggeber unverzüglich zu informieren.

8. Ablauf des Verfahrens und Zeitplan

- (1) Das Verhandlungsverfahren hat 2 Stufen. In der 1. Stufe, dem Teilnahmewettbewerb, werden die gemäß den in der Bekanntmachung genannten Kriterien als geeignet bewertete Bewerber für die Teilnahme an der 2. Stufe, dem eigentlichen Verhandlungsverfahren, ausgewählt.
- (2) Im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs soll die Eignung der Bewerber zur Auftrags Erfüllung geprüft werden. Dazu enthält die Bekanntmachung die für die Eignungsprüfung geltenden Kriterien.
- (3) Nur solche Bewerber, die die Anforderungen der Bekanntmachung erfüllen und von dem Auftraggeber nach diesen Kriterien als geeignet eingestuft werden, werden an der Verhandlungsphase als Bieter beteiligt und gebeten, ein Erstante Angebot abzugeben. Die anderen Bewerber scheiden aus dem Vergabeverfahren aus und werden

über ihre Berücksichtigung / Nichtberücksichtigung für das Verhandlungsverfahren informiert.

- (4) Die Erstangebote dienen als Grundlage für die Verhandlungsphase. Der Auftraggeber behält sich vor, den Zuschlag bereits auf das Erstangebot zu erteilen.
- (5) Der Auftraggeber behält sich vor, unvollständige Angebote auszuschließen. Zudem scheiden Bieter aus dem Verfahren aus, die ihre Angebote verspätet oder kein Angebot abgegeben haben.
- (6) Nach Aufforderung zur Abgabe von Erstangeboten wird der Auftraggeber mit den weiter am Verfahren beteiligten Bietern jeweils ein Arbeitskolloquium zur Erläuterung sowie Abstimmung der funktionalen Leistungsbeschreibungen führen.
- (7) Nach Eingang der Erstangebote wird der Auftraggeber mit den weiter am Verfahren beteiligten Bietern ein oder mehrere Verhandlungsgespräche führen. Die Verhandlungen werden auf Basis der Erstangebote geführt. Sie dienen dazu, die Vorgaben der Leistungsbeschreibung und die vertraglichen Regelungen zu besprechen, um die Angebote zu optimieren.
- (8) Zu den Verhandlungsgesprächen erhalten die Bieter rechtzeitig eine Einladung, die auch die Verhandlungsthemen abschließend benennt.
- (9) Nach den Verhandlungsgesprächen wird der Auftraggeber die Vergabeunterlagen ggf. anpassen und den Bietern aktualisierte Vergabeunterlagen zur Verfügung stellen.
- (10) Der Auftraggeber behält sich vor, die Anforderungen an die Angebote im Laufe des Verfahrens unter Beachtung aller vergaberechtlichen Vorgaben näher zu präzisieren, zu konkretisieren, zu ergänzen und/oder in einzelnen Punkten aufzuheben.
- (11) Nach der Aktualisierung werden die Bieter auf der Grundlage überarbeiteter Vergabeunterlagen zur Abgabe eines letztverbindlichen Angebotes aufgefordert.
- (12) Die letztverbindlichen Angebote dürfen jeweils keine Vorbehalte mehr enthalten. Angebote, welche die Anforderungen der Leistungsbeschreibung bzw. die formalen Anforderungen nicht erfüllen, können ausgeschlossen werden. Den Angeboten müssen zudem die vertraglichen Bedingungen des Generalunternehmervertrages zugrunde liegen.
- (13) Die Angebote werden abschließend geprüft und gemäß der im Verfahren geltenden Kriterien bewertet. Die Bieter werden gem. § 134 GWB über die Vergabeentscheidung informiert. Nach Ablauf der Frist des § 134 GWB wird der Zuschlag erteilt.

- (14) Derzeit sind folgender Zeitplan sowie Verfahrensschritte für das Vergabeverfahren vorgesehen:

Versendung Auftragsbekanntmachung	22.05.2026
Frist für Fragen zum Teilnahmeantrag (verbindlich)	18.06.2025
Frist Abgabe Teilnahmeantrag (verbindlich)	26.06.2026
Aufforderung zur Abgabe eines Erstangebotes an die ausgewählten Bieter bzw. Information über Nichtberücksichtigung	10.07.2026
Arbeitskolloquium	06. u. 07.08.2026
Abgabe Erstangebot	17.09.2026
Verhandlungsgespräche	13. bis 16.10.2026
Aufforderung zur Abgabe eines BAFO	19.10.2026
Abgabe BAFO	06.11.2026
Versand Vorabinformation nach § 134 GWB	21.12.2026
Geplanter Zuschlag	04.01.2027
Bindefrist	3 Monate

- (15) Auf die vorstehend beschriebene Verfahrens- und Zeitplanung haben sich die Bewerber bzw. Bieter einzustellen. Der Auftraggeber behält sich jedoch vor, die vorstehende Zeitplanung im Laufe des Vergabeverfahrens hinsichtlich der Verfahrensschritte und der genannten Zeiten zu ändern mit Ausnahme der als verbindlich gekennzeichneten Termine.

9. Einzelbewerber /-bieter / Bewerber-/ Bietergemeinschaften / Eignungsleihe

- (1) Der Auftrag kann an Einzelbieter oder an Bietergemeinschaften vergeben werden.
- (2) Bewerbergemeinschaften geben den Teilnahmeantrag für jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft in gesonderten Anträgen ab.
- (3) Bewerbergemeinschaften haben mit dem Teilnahmeantrag eine Erklärung über die Bildung der Bewerbergemeinschaft vorzulegen (Bildung einer Arbeitsgemeinschaft)

im Auftragsfall nach §§ 705 ff. BGB). Hiermit erklären die Mitglieder der Bewerbergemeinschaft, dass sie im Auftragsfall gesamtschuldnerisch haften. Weiter haben die Mitglieder der Bewerbergemeinschaft mit der Erklärung ihren bevollmächtigten Vertreter sowie die Zuständigkeit der einzelnen Mitglieder der Bewerbergemeinschaft zu benennen. Eine entsprechende „Bewerbergemeinschaftserklärung“ wird mit dem Formblatt 531 EU VHB NRW beigelegt und ist ggf. mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen (vgl. Ziffer E.II des Teilnahmebogens).

- (4) Mehrfachbeteiligungen einzelner Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft sind unzulässig und führen zur Nichtberücksichtigung sämtlicher betroffenen Bewerbergemeinschaften im weiteren Verfahren. Die Bildung von Bewerbergemeinschaften ist nur bis zum Bewerbungsschluss für die Teilnahmeanträge zulässig.
- (5) Sofern der Bewerber zum Nachweis seiner Eignung die wirtschaftliche oder fachliche Leistungsfähigkeit eines anderen Unternehmens in Anspruch nehmen will, ist eine Verpflichtungserklärung zur Eignungsleihe nach § 6d EU VOB/A vorzulegen. Dazu sind die Formblätter 534a und 534b EU VHB NRW zu nutzen (vgl. Ziffer E.IV des Teilnahmebogens)

10. Teilnahmefrist und Form des Teilnahmeantrags

- (1) Der Teilnahmeantrag muss unter Nutzung des diesem Dokument beigelegten **Teilnahmebogens (Anlage 3)** bis zum

19.06.2026, 10:00 Uhr

ausschließlich auf der eVergabeplattform „Vergabe NRW“, über die die Teilnahmeunterlagen bereitgestellt wurden, an der dafür vorgesehenen Stelle hochzuladen. Er muss alle geforderten Angaben und einzureichenden Unterlagen enthalten.

- (2) Verspätet eingegangene Teilnahmeanträge werden nicht berücksichtigt, es sei denn, der Bewerber kann nachweisen, dass er die Verspätung nicht zu vertreten hat.
- (3) Der Teilnahmeantrag muss vollständig sein. Der Auftraggeber behält sich vor, Unterlagen im Rahmen des § 16a EU Abs. 1 VOB/A nachzufordern. Hierauf besteht jedoch kein Rechtsanspruch.
- (4) Dem Teilnahmeantrag sind das Teilnahmebogen und die dort genannten Formulare, soweit zutreffend, beizufügen. Die von dem Auftraggeber im Dokumentenbereich der eVergabeplattform „Vergabe NRW“ zur Verfügung gestellten Formulare sind

hierbei zwingend zu verwenden. Die Verwendung selbstgefertigter Fassungen ist unzulässig, sofern in den Vergabeunterlagen nichts Abweichendes geregelt ist.

- (5) Der Teilnahmeantrag und die abzugebenden Erklärungen, Nachweise und Angaben sind mit einer Erklärung in Textform (§ 126b BGB) zu versehen. Neben dem Namen des Bewerbers (Unternehmen, Firma) muss auch der Name des Erklärenden (Name der Person, die den Teilnahmeantrag abgibt) erkennbar sein.
- (6) Der Teilnahmeantrag inklusive aller Anlagen, Nachweise, Erklärungen etc. ist in deutscher Sprache abzufassen. Anträge, die nicht in deutscher Sprache verfasst sind, werden nicht berücksichtigt.
- (7) Hinsichtlich der Sprache und der zulässigen Kommunikationswege gilt Ziffer 15.

11. Fragen zum Teilnahmeantrag

- (1) Fragen der Bewerber zu dem Teilnahmeantrag sind ausschließlich und unverzüglich über das Vergabeportal zu stellen.

Die Fragen sind spätestens bis zum

11.06.2026

zu stellen.

- (2) Die Antworten zu den Auskunftersuchen werden gemäß den dazu bestehenden vergaberechtlichen Erfordernissen in neutralisierter Form jeweils allen Bietern gemäß § 10c EU Abs. 1 VOB/A in Verbindung mit § 10b EU Abs. 6 Nr. 1 VOB/A bis spätestens sechs Tage vor Ablauf der Angebotsfrist zur Verfügung gestellt.
- (3) Die Beantwortung von Fragen, Änderungen oder jegliche Mitteilung an die Bewerber im laufenden Vergabeverfahren erfolgt anonymisiert und neutral an alle Bewerber. Sämtliche Angaben werden entsprechend den Erfordernissen der e-Vergabe mittels elektronischer Informations- und Kommunikationsmittel transparent allen Bewerbern mitgeteilt und auf der elektronischen Vergabeplattform, über die die Bewerber die Vergabeunterlagen heruntergeladen haben, eingestellt.
- (4) Die Bewerber haben sich regelmäßig über diese Plattform zu informieren, ob Mitteilungen eingestellt worden sind.

12. Teilnahmeantrag

- (1) Mit den im Teilnahmeantrag gemachten Angaben dokumentiert der Bewerber seine Eignung gemäß §§ 122 ff. GWB und §§ 6a EU ff. VOB/A (Befähigung zur Berufsausübung, wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit sowie technische und berufliche Leistungsfähigkeit) durch Vorlage der nachstehend aufgeführten Unterlagen und Erklärungen sowie das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß §§ 123 Abs. 1 u. 4, 124 GWB sowie § 6 EU VOB/A.
- (2) Der Bewerber muss durch die Vorlage, der nach den Kriterien der Bekanntmachung geforderten Nachweise und Erklärungen seine Eignung dokumentieren. Die Mindestanforderungen sind aus dem Teilnahmebogen ersichtlich. Sofern es sich um **Mindestkriterien** handelt, führt deren Nichterfüllung zum Ausschluss.
- (3) Dazu reicht er die nach Maßgabe der Bekanntmachung geforderten Erklärungen und Nachweise unter Verwendung des **Teilnahmebogens (Anlage 3)** innerhalb der Teilnahmefrist ein. Für die Bewerberauswahl werden nur die geforderten Nachweise und Angaben im Teilnahmebogen berücksichtigt:

a) **Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister:**

Vorlage der folgenden Nachweise und Erklärungen:

- Erklärung über das Nichtvorliegen der Ausschlussgründe nach § 123 Abs. 1 und Abs. 4 GWB, § 124 GWB (Teilnahmebogen **B.I**) oder Vorlage einer Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (EEE) bzw. Formblatt 521 EU
- Erklärung über die Eintragung im Berufs- oder Handelsregister gemäß § 6a EU Nr. 1 VOB/A. Auf Verlangen des Auftraggebers: Nachweis über die ordnungsgemäße Eintragung in das Berufs- oder Handelsregister durch Vorlage der Kopie des Registerauszuges nicht älter als sechs Monate (Teilnahmebogen **B.II**)

b) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit:**

Vorlage der folgenden Nachweise und Erklärungen:

- Nachweis einer Betriebshaftpflichtversicherung über **mindestens** 3 Mio. EUR für Personen- und Sachschäden sowie **mindestens** 1,5 Mio. EUR für Vermögensschäden entweder durch eine aktuelle Versicherungsbestätigung oder schriftliche Erklärung eines Versicherers, dass er im Auftragsfall bereit ist, eine Versicherung entsprechend der Bekanntmachung mit dem Bewerber abzuschließen (Teilnahmebogen **C.I**).

- Erklärung über den durchschnittlichen Jahresumsatz für Leistungen, die mit den zu vergebenden Leistung vergleichbar sind, in den letzten drei Geschäftsjahren (2023, 2024, 2025) gemäß § 6a EU Nr. 2 lit. c) VOB/A (Teilnahmebogen C.II).

c) Technische und berufliche Leistungsfähigkeit:

Vorlage der folgenden Nachweise und Erklärungen:

- Erklärung, aus der die Zahl der in den letzten drei abgeschlossenen Kalenderjahren durchschnittlich beschäftigten technischen und gewerblichen Arbeitskräfte gemäß § 6a EU Nr. 3 lit. g) VOB/A (Teilnahmebogen D.I).
- Eigenerklärung Ausstattung/Geräte: Erklärung aus der hervorgeht, über welche Ausstattung, Geräte und techn. Ausrüstung das Unternehmen für die Ausführung verfügt gemäß § 6a EU Nr. 3 lit. h) VOB/A (Teilnahmebogen D.II).
- Angaben zu Qualitätssicherung und Umweltmanagement: Angabe welche aktuellen Zertifizierungen das Unternehmen besitzt und zur Ausführung anwenden kann gemäß § 6a EU Nr. 3 lit. c) VOB/A (Teilnahmebogen D.III).
- Zur Prüfung der Eignung sind weiter vergleichbare Referenzen gemäß § 6a EU Nr. 3 lit. a) VOB/A einzureichen. Es sind mindestens drei Unternehmensreferenzen einzureichen. Alle eingereichten Referenzen müssen die **nachfolgenden Mindestanforderungen** kumulativ erfüllen:
 - a) Gegenstand der Referenz ist die schlüsselfertige Errichtung eines Nichtwohngebäudes.
 - b) Die Referenzleistung muss in den letzten acht Jahren abgeschlossen worden sein; maßgeblich ist die Inbetriebnahme und Übergabe an den Nutzer.
 - c) Die Baukosten des Referenzprojekts beliefen sich auf mindestens 6,0 Mio. EUR netto.

Der Bewerber muss mindestens drei Referenzen einreichen, die die vorstehenden Mindestanforderungen erfüllen, um als geeignet zu gelten. Anderenfalls wird der Bewerber ausgeschlossen.

Für den Fall der unter Abs. 4 beschriebenen Beschränkung des Bieterkreises sind vom Bewerber mit dem Teilhmantrag drei Referenzen zu benennen, die für die Bewertung des Teilhmantrags herangezogen werden sollen. Die Bewertung erfolgt ausschließlich nach Maßgabe der im Teilnahmebogen und

in der Eignungsmatrix (**Anlage 4**) festgelegten Auswahlkriterien. Die bloße Erfüllung der vorstehenden Mindestanforderungen wird nicht gesondert bewertet.

- (4) Erfüllen mehr als 5 Bewerber die vorgenannten Mindestkriterien erfolgt eine Beschränkung des Bieterkreises durch qualitative Bewertung. Die 5 Bewerber mit der höchsten Gesamtpunktzahl werden zur zweiten Verfahrensstufe zugelassen. Die Bewertung kann dem als **Anlage 2** beigefügten Teilnahmebogen sowie der als **Anlage 3** beigefügten Eignungsmatrix entnommen werden.
- (5) Die 5 Bewerber, die die höchste Punktzahl erreicht haben, werden zur zweiten Verfahrensstufe zugelassen und zur Angebotsabgabe aufgefordert. Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl auch nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zugrunde gelegten Eignungskriterien zu hoch, erfolgt eine Auswahl unter den verbleibenden Bewerbern durch Los.

13. Einreichung von Erstangeboten

- (1) Die ausgewählten Bieter werden gebeten, ein Erstangebot abzugeben.
- (2) Alle Angebote sowie etwaige nachträgliche Änderungen und Berichtigungen derselben sind bis zum Ablauf der Angebotsfrist am digital über das in der Vergabebekanntmachung genannte Vergabeportal einzureichen.

Das Erstangebot ist inklusive aller Anlagen, Nachweise, Erklärungen einzureichen. Die Einzelheiten werden sich aus der Aufforderung zur Angebotsabgabe ergeben.

- (3) Zur Wahrung der Angebotsfrist ist der Eingang des digitalen Angebots über das Vergabeportal entscheidend. Angebote ausschließlich in Papierform, per E-Mail oder Telefax sind nicht zugelassen und werden von der Wertung ausgeschlossen.
- (4) Verspätet eingegangene Angebote werden nicht berücksichtigt, es sei denn, der Bieter kann nachweisen, dass er die Verspätung nicht zu vertreten hat.
- (5) Das Angebot muss durch den Bieter bzw. die für ihn vertretungsberechtigten Personen mit einer Erklärung nach § 126 b BGB versehen sein. Bei Bietergemeinschaften muss die Erklärung nach § 126 b BGB durch alle an der Bietergemeinschaft beteiligten Unternehmen erfolgen.
- (6) Einzelne Bestandteile der Unterlagen sind erforderlichenfalls mit Stempel/Vermerk „Vertraulich“ zu kennzeichnen, wenn und soweit sie dem Geheimschutz unterliegen oder Fabrikations-, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse enthalten.

- (7) Ein eingereichtes Angebot kann bis zum Ablauf der Angebotsfrist auf elektronischem Wege zurückgezogen werden.
- (8) Angebote von Bietern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden ausgeschlossen.

14. Kosten / Entschädigung

- (1) Für die Beteiligung an diesem Verfahren gewährt der Auftraggeber den Bewerbern bzw. Bietern keine Entschädigung.
- (2) Für den Fall, dass die Ausschreibung aufgehoben wird, sind – soweit rechtlich zulässig – Entschädigungsansprüche der Bewerber bzw. Bieter ausgeschlossen.

15. Kommunikation im Verfahren und Rügen

- (1) Das Verhandlungsverfahren wird in deutscher Sprache durchgeführt. Die gesamte Kommunikation ist vom Bewerber bzw. Bieter daher in deutscher Sprache durchzuführen. Zudem sind alle vom Bewerber bzw. Bieter einzureichenden Unterlagen in deutscher Sprache zu verfassen. Anderssprachigen Unterlagen (z.B. Nachweise oder Bestätigungen ausländischer Stellen) ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.
- (2) Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Bewerbers bzw. Bieters Unklarheiten oder Aufklärungsbedarf, so hat der Bewerber bzw. Bieter dem Auftraggeber unverzüglich gemäß Absatz 5 darauf hinzuweisen. Das gleiche gilt für vertragliche Regelungen, die aus Sicht des Bieters eine unzulässige und einseitige Benachteiligung darstellen.
- (3) Die Bewerber bzw. Bieter haben etwaige Verstöße gegen Vergabevorschriften unter Beachtung der Regelungen in § 160 Absatz 3 GWB zu rügen.
- (4) Mündliche Auskünfte bzw. mündliche Antworten auf Rückfragen und/oder Rügen zu den Vergabeunterlagen werden nicht erteilt, ausgenommen hiervon sind Erörterungsgespräche im Rahmen des Verhandlungsverfahrens.
- (5) Die Bewerber bzw. Bieter müssen daher Rückfragen und Rügen über das Vergabeportal übermitteln.
- (6) Der Bewerber bzw. Bieter hat sich auf dem Vergabeportal mit einer eindeutigen Unternehmensbezeichnung, Anschrift und aktiver E-Mail zu registrieren, wenn er Teilhmanträge, Angebote, Bewerber-/Bieterfragen etc. einreichen möchte.

- (7) Rechtzeitig angeforderte zusätzliche Auskünfte über die Vergabeunterlagen werden unverzüglich und höchstens bis sechs (6) Kalendertage vor Ablauf der jeweiligen Einreichungsfrist erteilt. Weniger als zwölf (12) Kalendertage vor Ablauf der jeweiligen Frist angeforderte Auskünfte gelten regelmäßig als nicht mehr rechtzeitig und müssen nicht mehr beantwortet werden.
- (8) Ergeben sich aus Fragen oder Rügen der Bewerber bzw. Bieter Änderungen oder Erläuterungen zu den Vergabeunterlagen, werden diese als Information auf dem Vergabeportal eingestellt. Dies erfolgt in anonymisierter Form, so dass der fragstellende Bewerber bzw. Bieter nicht genannt wird.
- (9) Die Bewerber bzw. Bieter müssen sich fortlaufend und eigeninitiativ über die Änderungen an den Vergabeunterlagen und Informationen durch einen regelmäßigen Besuch des Vergabeportals informieren.

16. Ansprechpartner

- (1) Der Bewerber muss mit dem Teilnahmeantrag eine/n verantwortliche/n deutschsprachige/n Ansprechpartner/in für die Dauer des Vergabeverfahrens benennen. Bewerber- bzw. Bietergemeinschaften müssen eine einzige Kontaktperson benennen.
- (2) Eine Kontaktaufnahme durch die Bewerber bzw. Bieter erfolgt **ausschließlich** über das Vergabeportal.

17. Vertraulichkeit der Angebotsbestandteile

- (1) Die vorliegenden Vergabeunterlagen dürfen nur zur Erstellung des Teilnahmeantrags bzw. der Angebote verwendet werden. Jede Weitergabe oder Veröffentlichung – auch auszugsweise – ist ohne die vorherige schriftliche Zustimmung des Auftraggebers nicht gestattet. Die Vergabeunterlagen dürfen insbesondere nicht für andere Zwecke verwendet, vervielfältigt oder Dritten zugänglich gemacht werden.
- (2) Nach Abschluss des Vergabeverfahrens/des Auftrags sind alle Unterlagen, die im Zusammenhang mit dem Verfahren übermittelt wurden, zu vernichten.
- (3) Der Bewerber bzw. Bieter verpflichtet sich während und auch nach Abschluss des Vergabeverfahrens zur Geheimhaltung der Vergabeunterlagen sowie aller weiteren

nicht offenkundigen Informationen, die ihm durch die Teilnahme am Vergabeverfahren bekannt werden. Diese Verpflichtung gilt örtlich und zeitlich unbeschränkt und auch gegenüber mit dem Bewerber bzw. Bieter verbundenen Unternehmen.

- (4) Darüber hinaus verpflichtet sich der Bewerber bzw. Bieter, auch gegenüber den Medien, bis zur Zuschlagserteilung keine Informationen über den Umstand seiner Beteiligung, den Stand des Vergabeverfahrens oder sonstige Umstände weiterzugeben.
- (5) Die zur Leistungserbringung eingesetzten und/oder vorgesehenen Mitarbeiter sowie entsprechende Unterauftragnehmer sind in gleicher Weise vom künftigen Auftragnehmer zu verpflichten.
- (6) Im Falle der Beteiligung von Bewerber-/Bietergemeinschaften gelten diese Bestimmungen entsprechend.
- (7) Der Bieter wird aufgefordert, geheimhaltungsbedürftige Bestandteile seines Angebotes als solche zu kennzeichnen, wenn und soweit sie Fabrikations-, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse enthalten. Anderenfalls geht der Auftraggeber davon aus, dass das Angebot keine geheimhaltungsbedürftigen Informationen enthält.

18. Datenschutz

Die vom Bewerber bzw. Bieter erbetenen personenbezogenen Angaben werden im Rahmen des Vergabeverfahrens verarbeitet und gespeichert. Ihre Angaben sind Voraussetzung für die Berücksichtigung des Teilnahmeantrages/der Angebote.

19. Tariftreue- und Vergabegesetz NRW / Mindestlohngesetz

- (1) Das Tariftreue- und Vergabegesetz NRW (TVgG NRW) kommt in seiner gegenwärtigen Fassung zur Anwendung.
- (2) Dazu wird auf die besonderen Vertragsbedingungen des Landes NRW zur Einhaltung des Tariftreue- und Vergabegesetzes Nordrhein-Westfalen (Formblatt 513 VHB NRW 02/2024; Ziffer E.V des Teilnahmebogens) verwiesen.
- (3) Der Auftraggeber weist zudem darauf hin, dass die Vergabe dem MiLoG unterliegt und dass sie nach § 19 Abs. 4 MiLoG Verstöße gegen das MiLoG prüfen müssen.
- (4) Mit Abgabe seines Angebotes stellt der Bieter den Auftraggeber von Ansprüchen Dritter frei, die sich aus Verstößen gegen das Tariftreue- und Vergabegesetz und dem Mindestlohngesetz ergeben können.

20. Zuschlagskriterien und Wertung der Angebote

- (1) Der Zuschlag wird auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt. Das wirtschaftlichste Angebot ist das Angebot mit dem besten Preis-Leistungs-Verhältnis.
- (2) Das Preis-Leistungs-Verhältnis bewertet der Auftraggeber der Auftraggeber wie folgt:

Nr.	Zuschlagskriterium	Wichtung
1	Preis	50%
2	Qualität der Umsetzung des Projekts	50%
2.1	Sicherstellung Qualität und Fertigstellungstermin	30%
2.2	Kommunikationskonzept	10%
2.3	Erfahrung und Qualifikation Projektteam unterteilt in:	10%
2.3.1	Erfahrung und Qualifikation Projektleiter	5%
2.3.2	Erfahrung und Qualifikation stellv. Projektleiter	3%
2.3.3	Erfahrung und Qualifikation Bauleiter	2%

Hinweis: Weitere Einzelheiten zur Gewichtung und Methodik werden mit der Zuschlagsmatrix zum Zweiten Verfahrensbrief im Rahmen der zweiten Verfahrensstufe veröffentlicht.

- (3) Der Auftraggeber wird das Angebot mit der höchsten Gesamtpunktzahl bezuschlagen.

21. Zuschlags- und Bindefrist

- (1) Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt **3 Monate** ab Ablauf der Frist zur Einreichung der jeweiligen Angebote.

- (2) Bis zum Ablauf der Zuschlagsfrist ist der Bieter an sein Angebot gebunden und darf dieses nicht ändern, berichtigen oder zurückziehen (Bindefrist).

22. Informations- und Wartepflicht

Es erfolgt eine Information gemäß § 134 GWB.

23. Gewährleistungsausschluss

- (1) Ferner wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Vergabeunterlagen samt Anlagen eventuell unzutreffende oder auch unvollständige Angaben enthalten können. Der Auftraggeber übernimmt hierfür – soweit rechtlich zu lässig – keine Haftung. Die Bieter müssen daher die Informationen des Auftraggebers entsprechend überprüfen.
- (2) Die Bieter bestätigen mit ihrem Angebot, sich ausreichend über die tatsächlichen Voraussetzungen informiert zu haben. Sie erkennen an, dass der Auftraggeber keine Haftung für die Richtigkeit und Vollständigkeit der Unterlagen und Informationen übernehmen kann und ihnen insoweit keine Schadensersatzansprüche zustehen.

24. Vergabekammer

Das Verfahren zur Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen diese Vergabe richtet sich nach den Vorschriften der §§ 155 ff. des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB). Zur Wahrung der Fristen wird auf § 160 ff. GWB verwiesen. Zuständig ist die Vergabekammer Rheinland:

Vergabekammer Rheinland bei der Bezirksregierung Köln,

Zeughausstraße 2-10

50667 Köln

Fax: 0221 – 147 2889